

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Verkehrs- und Werkausschusses der Gemeinde
Osterrönfeld am Mittwoch, 09. Juni 2010, im Sitzungssaal des
Verwaltungsgebäudes in Osterrönfeld

Beginn: 19:02 Uhr

Ende: 22:01 Uhr

Az.: 021.322

Anwesend sind:

a) stimmberechtigt:

Der Ausschussvorsitzende
Herr Rolf Brandt

Die Ausschussmitglieder
Herr Dennis Schmidt
Herr Peter Gottmann
Herr Holger Rohweder
Herr Manfred Trompf

b) nicht stimmberechtigt:

Die Gemeindevertreter Herr Matthias Baldes, Herr Sven Bareiß, Herr Bernhard Kalcher, Herr Uwe Kolb, Herr Jan-Niklas Potten, Herr Uwe Tödt, das bürgerliche Mitglied Herr Andreas Rathje, ca. 10 Einwohner, Amtsvorsteher Raimer Kläschen, Herr Karsten Rüger und Frau Maren Tessensohn von der Amtsverwaltung, letztere als Protokollführerin

c) als Gäste anwesend:

Herr Thorsten Bracklow von der Polizei Osterrönfeld, Herr Günter Wischniewski von der Verkehrsaufsicht des Kreises Rendsburg-Eckernförde sowie Herr Bernd Schnoor vom Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club Rendsburg

Der Ausschussvorsitzende, Herr Brandt, eröffnet die Sitzung um 19:02 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zu dieser Sitzung mit Einladung vom 27. Mai 2010 ordnungsgemäß unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen wurde. Tag, Ort und Uhrzeit der Sitzung sind öffentlich bekannt gemacht worden.

Gegen die ordnungsgemäße Einladung werden keine Einwendungen erhoben. Er stellt fest, dass aufgrund der Anzahl der erschienenen Mitglieder der Ausschuss beschlussfähig ist.

Die Tagesordnung hat folgenden Wortlaut:

TAGESORDNUNG:

1. Beschlussfassung über die Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Antrag auf Einrichtung von Fahrradstraßen
 - Schulstraße
 - Fährstraße
 - Radweg am Friedhof
4. Beratung über einen Antrag auf Durchführung verkehrsberuhigender Maßnahmen in Osterrönfeld, Aspelweg, Einmündungsbereich Lüttmoor
5. Untersuchung „Wie behindertengerecht ist Osterrönfeld?“
6. Dachsanierung Feuerwehrgerätehaus
7. Neugestaltung Spielplätze
8. Anschaffung von Geräten zur Sportplatzpflege
9. Sachbeschädigungen Bürgerzentrum
10. Winterbedingte Straßenschäden
11. Umbau der Ev. Kindertagesstätte „Bahndammzwerge“
12. Verschiedenes

TOP 1: Beschlussfassung über die Tagesordnung

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt die vorstehende Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

In diesem Zusammenhang kommt der Hinweis, dass in der letzten Niederschrift vom 02. November 2009 die besprochene Verkehrsproblematik aufgrund der erhöhten Geschwindigkeit an der Einmündung Bokelholmer Chaussee / Zur Stampfmühle nicht protokolliert wurde. Im Verkehrs- und Werkausschuss besteht einvernehmen, den Hinweis unter Tagesordnungspunkt 5 aufzunehmen.

TOP 2: Einwohnerfragestunde

Es ergehen keine Wortmeldungen.

TOP 3: Antrag auf Einrichtung von Fahrradstraßen

- Schulstraße
- Fährstraße
- Radweg am Friedhof

Herr Brandt berichtet, dass die SPD-Fraktion Osterrönfeld einen Antrag auf Einrichtung von Fahrradstraßen in Osterrönfeld gestellt hat. Da die Verkehrssituation für Radfahrer und Fußgänger in der Dorfstraße aufgrund des schmalen Bürgersteigs keine vollständige Sicherheit bietet, wäre die Einrichtung einer Fahrradstraße, die parallel zur Dorfstraße/Kieler Straße verläuft, aus Sicht der SPD-Fraktion sinnvoll.

Zu diesem Thema begrüßt Herr Brandt Herrn Bracklow von der Polizeistation Osterörnfeld, Herrn Wischnewski von der Verkehrsaufsicht des Kreises Rendsburg-Eckernförde sowie Herrn Schnoor vom Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club Rendsburg.

Herr Bracklow berichtet, dass die Polizei keinen Handlungsbedarf zur Einrichtung einer Fahrradstraße sieht, da laut Statistik in den letzten Jahren keine Unfälle geschehen sind, die ursächlich mit dem baulichen Zustand der Dorfstraße zusammenhängen.

Herr Wischnewski gibt zu Bedenken, dass benutzungspflichtige Bürgersteige für Fahrräder ausreichend in Osterrörnfeld vorhanden sind. Der Bürgersteig in der Dorfstraße sei zwar rechtlich aufgrund der geringen Breite nicht in der Norm, es sind jedoch nach Beobachtungen der Verkehrsaufsicht keine Auffälligkeiten bei Unfällen bekannt, so dass zunächst kein eiliger Handlungsbedarf bestehen würde. Wäre allerdings in der Zukunft ein Ausbau der Dorfstraße angedacht, sollte gleichzeitig ein Geh- und Radweg mitgeplant werden, der für Radfahrer relativ sicher ist. Die Konsequenz einer Fahrradstraße würde bedeuten, dass die Fläche als allgemein öffentliche Straße zur Fahrradstraße teilentwidmet werden müsste, was Auswirkungen auf das Beitragsrecht hätte.

Herr Schnoor ist der Ansicht, dass die rückgängige Unfallstatistik fehlerhaft ist, da häufig Unfälle persönlich zwischen Radfahrer und Autofahrer geregelt werden und somit nicht in der Statistik auftauchen. Die Einrichtung einer Fahrradstraße wäre aus seiner Sicht zu begrüßen, es müsste nur darauf geachtet werden, dass durch die Schaffung einer Fahrradstraße eine attraktive Alternative zur Hauptfahrradstrecke geboten wird, da diese sonst von den Radfahrern vielleicht nicht angenommen werden könnte.

Die SPD-Fraktion verdeutlicht, dass sie sich vorstellt, die Schulstraße, An der Hochbrücke und die Fährstraße als Fahrradstraßen einzurichten. Hierzu bezieht Herr Wischnewski Stellung. Die Einrichtung einer Fahrradstraße in der Fährstraße kommt nicht in Betracht, da diese als Haupteinfahrstraße gilt und Fahrzeuge somit den Radfahrern übergeordnet sind. Die Schulstraße als Fahrradstraße auszuweisen wäre nach einigen Abwägungen denkbar. In der Straße An der Hochbrücke wäre es durchaus möglich, eine Fahrradstraße einzurichten.

Es kommt der Hinweis aus dem Verkehrs- und Werkausschuss, dass die Einrichtung einer Fahrradstraße gerade für die Schüler durch die Übergeordnetheit der Radfahrer eine Sicherheit vermittelt, die auf anderen Straßen in dieser Art nicht vorhanden ist.

Abschließend informiert Herr Wischnewski den Ausschuss, dass das Problem der Fahrradstraßen bekannt ist. Er gibt dem Ausschuss den Hinweis, dass die aktuelle Situation auf Dauer jedoch nicht so bleiben kann. Der Verkehrs- und Werkausschuss muss eine Alternativlösung finden, wie z.B. die Einrichtung eines Radwegenetzes. Sollte keine Lösung gefunden werden, behält sich die Verkehrsaufsicht vor, die Benutzungspflicht für Radfahrer auf dem Bürgersteig der Dorfstraße aufgrund der Breite aufzuheben.

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt, kurzfristig eine neue Sitzung des Verkehrs- und Werkausschusses einzuberufen, um schnellstmöglich ein entsprechendes Konzept zu

entwickeln. Es soll eine Alternativlösung für Radfahrer gefunden werden, um die Verkehrssituation der Radfahrer auf dem Bürgersteig in der Dorfstraße entgegenzuwirken.

In diesem Zusammenhang wird auch der Antrag von Wilhelm Petersen behandelt.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Zu diesem Thema berichtet der Ausschussvorsitzende, Herr Rolf Brandt, dass der Kreis Rendsburg-Eckernförde den gewünschten Fußgängerüberweg auf der K 75 in der Ortsdurchfahrt Osterrönfeld hinter der Einmündung des Mühlenweges in Fahrtrichtung Schacht-Audorf aus Gründen der Schulwegsicherung genehmigt hat.

Außerdem wurde die Verkehrssituation im Kreisel in der Ortsmitte geändert. Die Fahrradfahrer dürfen die Straßen nun vorrangig überqueren.

TOP 4: Beratung über einen Antrag auf Durchführung verkehrsberuhigender Maßnahmen in Osterrönfeld, Aspelweg, Einmündungsbereich Lüttmoor

Der Ausschussvorsitzende erläutert kurz den Sachverhalt und weist auf die Auswertung des aufgestellten Geschwindigkeitsmessgerätes hin. Die Auswertung zeigt auf, dass nur 2,5 % der Autofahrer schneller als 50 km/h gefahren sind.

Die Antragstellerin, Frau Kirsten Nierhaus, nimmt dazu Stellung. Nach ihrer Ansicht ist die Auswertung des Geschwindigkeitsmessgerätes nicht aussagekräftig, da das Gerät von Weitem gut zu sehen ist und die Autofahrer dementsprechend abbremsen.

Herr Wischnewski von der Verkehrsaufsicht sagt zu, das Problem in Augenschein zu nehmen und entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Sollten sich die überhöhten Geschwindigkeiten nicht auf diese Art regulieren lassen, wird sich der Ausschuss erneut mit dem Thema befassen. Eine Möglichkeit wäre, die lange, gerade Strecke des Aspelweges mit Baumtoren auf dem Straßenbegleitgrün zu bepflanzen, um optisch eine Verengung der Fahrbahn zu erzeugen.

TOP 5: Untersuchung „Wie behindertengerecht ist Osterrönfeld?“

Herr Brandt berichtet, dass das Thema bereits im Sozial- und Kulturausschuss Osterrönfeld am 10. Mai 2010 erörtert wurde und der Ausschuss sich bereit erklärt hat, dem Verkehrs- und Werkausschuss in dieser Angelegenheit behilflich zu sein.

Da es als Nicht-Behinderter schwierig ist, abzuschätzen, wo die Probleme auf öffentlichen Wegen, Straßen und Gebäuden liegen, ist sich der Verkehrs- und Werkausschuss darüber einig, einen Aufruf zu starten. Der Bürgermeister wird in der nächsten Ausgabe des Kanalblattes im August 2010 sowie durch Aushänge im Bürgerzentrum und in den Seniorenzentren die Bürger, und ganz besonders die behinderten Menschen, dazu auffordern, aufzuzeigen, wo Schwachstellen in Osterrönfeld zu finden sind. Die Vorschläge sollen bitte bei der Verwaltung eingereicht werden. Im Anschluss werden die eingereichten Vorschläge dann mit dem Landesbehindertenbeauftragten, Herrn Dr. Ulrich Hase, erörtert und gemeinsam versucht, Lösungsmöglichkeiten zu finden.

TOP 6: Dachsanierung Feuerwehrgerätehaus

Der Ausschussvorsitzende übergibt das Wort an den Bürgermeister, Herrn Bernd Sienknecht. Der Bürgermeister berichtet unterstützt von dem Wehrführer, Herrn Thomas Reicher, dass eine Dachsanierung des Feuerwehrgerätehauses dringlich ist, da es seit einiger Zeit durch das Flachdach regnet. Die Dachsanierung wurde in 2009 im Rahmen des Konjunkturpaketes II zur Förderung angemeldet, die jedoch vom Innenministerium abgelehnt wurde. Aufgrund von Platzmangel im Feuerwehrgerätehaus legt der Wehrführer der Freiwilligen Feuerwehr Osterrönnfeld dem Ausschuss eine Planungserweiterung für zwei weitere Räume sowie eines begehbaren Spitzdaches vor und bietet an, dass die Feuerwehr soviel wie nur möglich in Eigenleistung machen möchte.

Beschluss:

Der Verkehrs- und Werkausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, die notwendigen finanziellen Kosten für die vorgestellte Variante der Freiwilligen Feuerwehr im Haushalt 2011 bereit zu stellen. Hierzu wird die Verwaltung gebeten, die Kosten für die Sanierung zu ermitteln, damit das Bauvorhaben in 2011 begonnen werden kann. In diesem Zusammenhang soll ebenfalls ermittelt werden, ob die Errichtung einer Photovoltaikanlage auf den neu geschaffenen Dachflächen sinnvoll wäre.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

TOP 7: Neugestaltung Spielplätze

Herr Brandt berichtet, dass die Umgestaltungen der Spielplätze AWO-Kindergarten, Bargesch und Danziger Straße abgeschlossen sind. Die Umgestaltung zu einem Spielplatz in der Straße Alter Bahnhof wurde vorerst zurückgestellt.

Es entsteht eine kontroverse Diskussion darüber, ob ein Spielplatz an der vorgesehenen Stelle sinnvoll ist. Der Spielplatz wäre zentral im Ort gelegen und hätte eine große Grundfläche. Die Familien vor Ort haben den Wunsch nach einem Spielplatz ausgesprochen. Der Gestaltungsplan für die Fläche sieht ein Ballspielfeld vor. Da die Gefahr besteht, dass die Bälle auf die Nachbargrundstücke fallen, wird der Vorschlag einer kompletten Einzäunung der Spielfläche mit einem Stahlzaun gemacht. Dies könnte direkt vor der Außenmauer des Bürgerzentrums auch verhindern, dass dort Beschädigungen vorgenommen werden können. Durch den Zaun könnte es allerdings auch zu einer Lärmbelästigung der Anwohner kommen. Außerdem ist es nicht zu verhindern, dass sich dort ein Treffpunkt für Jugendliche entwickelt.

Da ein Haushaltsansatz von 30.000 € in 2010 für die Spielplätze zur Verfügung steht, wird die Verwaltung beauftragt, eine Kostenermittlung für die Realisierung des Spielplatzes zur nächsten Sitzung durchzuführen. Außerdem soll ein Vorschlag für die Ersatzbeschaffung des abmontierten Spielgerätes im Kanalredder unterbereitet werden.

TOP 8: Anschaffung von Geräten zur Sportplatzpflege

Der Ausschussvorsitzende übergibt das Wort an Herrn Sienknecht. Dieser berichtet, dass der Bürgermeister der Gemeinde Schacht-Audorf, Herr Eckard Reese, mit dem Vorschlag an ihn herangetreten ist, gemeinsam ein Aerifiziergerät für die Pflege der Sportplätze beider Gemeinden zu beschaffen.

Beschluss:

Da die Gemeinde Ostenfeld ebenfalls Interesse an diesem Gerät bekundet hat, beschließt der Verkehrs- und Werkausschuss, die Verwaltung zu bitten, eine Kostenermittlung aufzustellen, ob das Anmieten oder das Beschaffen eines Aerifiziergerätes preiswerter wäre. Falls eine gemeinsame Beschaffung der Gemeinden favorisiert werden sollte, müsste darüber nachgedacht werden, dass ein Bediener und ggf. ein Zugfahrzeug zur Verfügung gestellt werden muss. Außerdem müsste ein Pflege- und Düngungsplan erstellt werden.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

TOP 9: Sachbeschädigungen Bürgerzentrum

In letzter Zeit kam es wiederholt zu hohen Sachbeschädigungen am Bürgerzentrum. Um dieses Problem einzudämmen, kam die Frage nach einer Videoüberwachung im Außenbereich des Bürgerzentrums auf.

Die Verwaltung hat hierzu beim Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz in Schleswig-Holstein nachgefragt, ob eine Videoüberwachung am Bürgerzentrum legitim wäre. Herr Brocks als Landesdatenschutzbeauftragter hat hierzu berichtet, dass eine Videoüberwachung grundsätzlich möglich wäre, wenn sich kein öffentlicher Straßenbereich oder Fußgängerüberweg in Reichweite der Kamera befindet. Hierzu sollte eine Datenverarbeitungsanlage nach der Datenschutzverordnung verwendet werden, die eine Speicherkapazität von 7 Tagen hat. Des Weiteren ist es notwendig, mit einem Schild auf die Videoüberwachung hinzuweisen.

Der Amtsvorsteher und der Bürgermeister werden zunächst versuchen, durch Gespräche mit Jugendlichen die Verursacher zu finden, um die Täter für die entstandenen Kosten zur Rechenschaft zu ziehen.

TOP 10: Winterbedingte Straßenschäden

Rolf Brandt übergibt das Wort an den Bürgermeister, Bernd Sienknecht. Dieser berichtet über das Sonderprogramm des Landes, welches aufgrund der hohen Straßenschäden durch den harten Winter entstanden ist. Durch die Vielzahl der Anträge zum Sonderprogramm müssen die im Amtsgebiet gemeldeten Schäden um 50 % gekürzt und bis zum 15. Juni erneut gemeldet werden. Die verbleibenden beschädigten Straßen erhalten eine voraussichtliche Förderung in Höhe von 50 %.

Nach einer kurzen Diskussion ist sich der Verkehrs- und Werkausschuss einig, dass die Straße Alter Bahnhof aufgrund der innerörtlichen Gewährleistung der Sicherheit primär saniert und somit zur Förderung angemeldet werden soll.

Beschluss:

Der Verkehrs- und Werkausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, die Fördermittel des Landes für die Sanierung der Straße Alter Bahnhof sowie die Schlaglochreparatur mit Microasphalt zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

TOP 11: Umbau der Ev. Kindertagesstätte „Bahndammzwerge“

Der Ausschussvorsitzende übergibt das Wort an Bernd Sienknecht. Der Bürgermeister berichtet, dass sich der Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am kommenden Montag, 14.06.2010, intensiv mit dem Thema befassen wird. Er gibt dem Verkehrs- und Werkausschuss zur Kenntnis, dass zurzeit aufgrund der geringen Anmeldungen der letzten Monate darüber nachgedacht wird, die Betreuungszeiten der Ev. Kindertagesstätte „Bahndammzwerge“ zu erweitern.

Die Kindertagesstätte hat ein neues Konzept erarbeitet, in dem die Regelgruppen reduziert und neue U3-Plätze geschaffen werden. Das Konzept sieht eine weitere Familiengruppe vor, so dass dann insgesamt 4 Regelgruppen und 2 Familiengruppen vorhanden wären. Für die Schaffung der U3-Plätze wäre ein neues Raumprogramm für ca. 10.000 € notwendig.

TOP 12: Verschiedenes

Der Ausschussvorsitzende erläutert anhand einiger Bilder die Gefahrensituation an der Brücke in der Straße An der Hochbrücke. Das dort aufgestellte Geländer an dem Übergang über die Wehrau läuft in einem Bogen um den Durchlauf. Der Abstand der Geländerstreben zwischen dem Boden und der ersten Strebe ist sehr groß. Herr Brandt informiert, dass Kontakt mit dem Kreis zur Anbringung einer Absturzsicherung aufgenommen wurde.

Beschluss:

Der Verkehrs- und Werkausschuss beschließt, eine Verbesserung der Situation durch den Kreis Rendsburg-Eckernförde zu erwirken und die Anbringung einer Absturzsicherung durchzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Die Anwohner des Schäferkatenweges sind mit dem Hinweis an den Ausschussvorsitzenden herantreten, dass sich viele der durch den Schäferkatenweg fahrenden Fahrzeuge nicht an die vorgegebene Geschwindigkeitsbegrenzung halten. Die Straße hat einen langen, geraden Abschnitt und das Hinweisschild auf eine 30 km/h-Zone ist gleich zu Beginn aufgestellt. Die Anwohner haben vorgeschlagen, zwei Piktogramme mit dem Hinweis einer 30 km/h-Zone auf die Straße zu setzen, um den Autofahrern die Geschwindigkeitsreduzierung in Erinnerung zu rufen.

Der Verkehrs- und Werkausschuss ist sich einig, das Geschwindigkeitsmessgerät als nächsten Standort im Schäferkatenweg aufzustellen, um die Anzahl der überhöhten

Geschwindigkeiten zu messen. Außerdem bittet der Ausschuss die Verwaltung, zur nächsten Sitzung des Verkehrs- und Werkausschusses eine Aufstellung über die Auswertung dieser Messung zu fertigen, aus der hervorgeht, wie viele Fahrzeuge insgesamt die Geschwindigkeit im Schäferkatenweg überschritten haben.

In diesem Zusammenhang informiert Herr Brandt, dass die Verwaltung den Verkehrs- und Werkausschuss bittet, Vorschläge in Form einer Prioritätenliste für zukünftige Standorte des Geschwindigkeitsmessgerätes zu unterbreiten. Da das Gerät zunächst im Schäferkatenweg aufgestellt werden soll, wird sich der Ausschuss in seiner nächsten Sitzung mit den weiteren Standorten befassen.

Herr Potten erkundigt sich, wie der Zustand der Holzbrücken an der Einmündung Bahnhofstraße/Ostlandstraße sowie Aukamp/Bahndamm ist. Herr Rüger von der Verwaltung berichtet, dass er mit der Firma Tepro, Bad Bodenteich, Kontakt aufgenommen hat. Die Firma Tepro hat eine weitere Firma empfohlen, die diese Art der Arbeiten ausführen kann. Nach vorheriger Rücksprache mit dieser Firma wäre es sinnvoll, den morschen Holzboden bei beiden Brücken durch Kunststoffrecycling zu ersetzen. Aufgrund der Konstruktion der Brücke empfiehlt Herr Rüger für die Brücke in der Bahnhofstraße/Ostlandstraße ein Geländer aus Stahl, bei der Brücke im Aukamp/Bahndamm ist ein Geländer aus Holz ausreichend. Zusammenfassend stellt der Ausschuss fest, dass ein Sanierungsbedarf bei beiden Brücken besteht, so dass die Verwaltung beauftragt wird, bis zur nächsten Sitzung ein konkretes Angebot vorzulegen.

Der Bürgermeister informiert die Ausschussmitglieder, dass nach der erfolgten Verlängerung des Halteverbotes in der Bahnhofstraße erste Beschwerden bei ihm eingegangen sind, dass zu wenige Parkflächen in der Bahnhofstraße vorhanden sind.

Herr Baldes lobt die diesjährige Bepflanzung des Bauhofes im Ort.

Herr Schmidt berichtet, dass es zum Thema Schulwegsicherung im Bereich der Wehraubücke/Viadukt keinen neuen Sachstand gibt.

Der Ausschussvorsitzende, Rolf Brandt, berichtet in eigener Sache, dass er sein Mandat zum 30. Juni 2010 aus gesundheitlichen Gründen niederlegt. Er bedankt sich für die Gute Zusammenarbeit und wünscht allen für die Zukunft eine glückliche Hand für Osterrönhof.

Abschließend einigt sich der Verkehrs- und Werkausschuss darauf, dass die nächste Sitzung am 25. August 2010 stattfindet.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt der Ausschussvorsitzende mit einem Dank für die rege Mitarbeit um 22:01 Uhr die Sitzung.

gez. Brandt

gez. Tessensohn

Rolf Brandt
(Ausschussvorsitzender)

Maren Tessensohn
(Protokollführerin)